



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, KOMMUNALES UND KULTUR

Unbequeme Entscheidungen treffen

Bayerns stellvertretender Ministerpräsident Martin Zeil (FDP) sieht in der staatlichen Verwaltung mögliches Einsparpotenzial. Im BSZ-Interview lehnt er zudem eine Finanzmarkttransaktionssteuer ab. | Seite 4

Keine oberitalienischen Verhältnisse

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel (FDP) erklärt, warum sich ein neues Landesentwicklungsprogramm nicht so leicht erstellen lässt. | Seite 5



Molkereiwirtschaft ist ein Thema

Staatskanzleichef Siegfried Schneider (CSU) reist im Vorfeld der Fußball-WM nach Südafrika, um im „Bayerischen Haus“ in Kapstadt Wirtschaftsförderung zu betreiben. | Seite 13

Freitag, 4. Juni 2010 | Nr. 22

www.bayerische-staatszeitung.de

Einzelpreis: € 1,70

KOMMENTAR

Majestätsbeleidigung

VON ROSWIN FINKENZELLER

Ein Bundespräsident, sei er auch ein gewitzter Seiteneinsteiger, anheimelnder Querdenker oder leidenschaftlicher Konformist, ist ein Geschöpf der Parteipolitiker. Auch wenn er das nicht bleiben möchte und es deshalb mit der Volkstümlichkeit probiert, bedarf er der unter hohen Tieren üblichen Kontaktpflege. Oder er wirft, wie am Montag Horst Köhler, einfach hin. Eine lange Aufregung bei der Suche nach Ersatz mag einkalkulierter Balsam für sein gekränktes Gemüt sein, eine nur kurze ein weiteres Ärgernis.

Ein politischer Tugendbold war er nicht immer. Als 2005 der damalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) seiner rot-grünen Mehrheit sicher war, doch frech behauptete, er sei es nicht, half ihm der Bundespräsident bei der Terminierung der vorgezogenen Bundestagswahl. Noch mehr half er damit Angela Merkel (CDU), die ihn, den volksfernen Direktor des Internationalen Währungsfonds, ein Jahr zuvor in das hohe Staatsamt gehievt hatte.

Unsere Kanzlerin findet allerdings, politische Freundschaften zeichneten sich durch ihr jeweiliges Verfallsdatum aus. Als Köhler nach einer harmlosen Bemerkung über Auslandseinsätze der Bundeswehr mit Gewalt missverstanden wurde, sprang sie ihm nicht bei. Mit der einen Ausnahme – Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) – zierte sich auch ihr Anhang. Da kam dem an der Spitze vereinsamten Mann das Roland-Koch-Rezept gerade recht: Rücktritt zur Verblüffung der ganzen Nation.

Die aber verliert in ihm keinen Germanisten oder Soziologen, sondern in finanzieller Drangsal ausgerechnet einen Ökonomen. Der Mehrheit der schlichten Gemüter hat es ausgezeichnet gefallen, dass Köhler auf die Finanzmärkte schimpfte und sie als „Monster“ bezeichnete. Leider riet er nicht davon ab, besagtes Monster ununterbrochen zu füttern, nämlich durch neue Kreditaufnahmen, also durch Schuldenmacherei.

Überhaupt war, als es in diesem Frühjahr drunter und drüber ging, seine väterliche Expertenstimme selten zu vernehmen. Mit dem bevorstehenden Schlamassel, das sich Retterdeutschland eingehandelt hat, wird er nichts mehr zu tun haben. Wenn das kein geheimes Rücktrittsmotiv ist.

Studie: Benachteiligung von Migranten im Bildungssystem kostet den Staat bis 2050 rund 164 Milliarden Euro

Ungehobene Schätze

Jedes fünfte Kind im Freistaat stammt aus einer Migrantenfamilie. Bundesweit hat sogar mehr als jedes dritte Kind unter sechs Jahren ausländische Wurzeln. „Hier schlummert ein Riesenpotenzial für die Volkswirtschaft, das bisher zu wenig genutzt wird“, ist Axel Plüncke, Bildungsexperte des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) überzeugt.

Nach wie vor erzielen Ausländerkinder niedrigere Schulabschlüsse und melden sich später weit häufiger arbeitslos als Sprösslinge von Nichtmigranten. Laut einer neuen Studie des IW entgehen dem Staat durch die schlechteren Bildungschancen der Migranten in den kommenden Jahrzehnten Erträge im dreistelligen Milliardenbereich.

Gelänge es, die Unterschiede zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur zu halbieren, würde der Staat dem IW zufolge bis zum Jahr 2050 rund 164 Milliarden Euro mehr einnehmen. Der Grund ist einfach: Der Bundeshaushalt würde von steigenden Steuern und sinkenden Sozialausgaben profitieren. Die Forscher kommen zu dem Ergebnis, dass der Staat bereits im Jahr 2020 mit jährlichen Zusatzeinnahmen von 6 Milliarden Euro rechnen könnte. Im Jahr 2040 wären es dann sogar 26 Milliarden Euro.

Bei den Zahlenspielen sind die mit einer stärkeren Förderung von Migranten anfallenden Ausgaben bereits eingerechnet. So beziffert das IW alleine die zusätzlichen Kosten in der frühkindlichen Bildung auf mehr als 2 Milliarden Euro. Alles in allem müsste die Bundesregierung in den kommenden Jahren zwischen 3,1 und 4,6 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung investieren. „Doch jeder Euro käme mit einer Verzinsung von 6 bis 9 Prozent zurück“, heißt es in der Studie. Plüncke geht davon aus, dass auch der Freistaat so langfristig viele Milliarden Euro mehr einnehmen könnte.

Auch der bayerische Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer (CSU) ist überzeugt, „dass Ausgaben für Migrantenbildung viel Geld einsparen und viele Chancen eröffnen“ würden. Bayern habe in diesem Bereich bereits



Zuwandererkinder verlassen die Schule oftmals ohne Abschluss.

FOTO DPA

aufgeholt. Er mahnte aber einen weiteren Ausbau des Ganztagsangebots an den Schulen an.

Tatsächlich ist im Freistaat das Schulsystem ein Spiegel für die Situation von Ausländern in der bayerischen Gesellschaft: Im Schuljahr 2006/2007 haben laut dem bayerischen Landesamt für Statistik 17,5 Prozent der Ausländer die Hauptschule ohne Abschluss verlassen. Ohnehin besucht die große Mehrheit der Ausländer (34,3 Prozent) diesen Schultyp. Gerade mal 12,1 Prozent des Nachwuchses ohne deutschen Pass schafft es an ein Gymnasium. Wie die Situation bei Zuwanderern mit deutschem Pass aussieht, dazu liegen keine dezidierten Zahlen vor.

So geht Potenzial für die bayerische Wirtschaft verloren. Auch die Staatsregierung hat das erkannt: Das bayerische Sozialministerium investierte nach eigener Aussage im Jahr 2009 rund 70 Millionen Euro in Integrationsmaßnahmen für Migranten. Zusätzlich habe man 8,4 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) ausgegeben. Mit diesen Geldern sei etwa die Sprachförderung von 62 575 Migrantenkindern mit

rund 24 Millionen Euro gefördert worden. Mit 750 zusätzlichen Stellen an allen Schularten würden gezielt Lernende mit Migrationshintergrund gefördert, heißt es aus dem Kultusministerium: Diese würde mit 37,5 Millionen zu Buche schlagen. Damit werde unter anderem der Modellversuch „Islamischer Unterricht“ an 250 Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien unterstützt.

Interessenverbände, Gewerkschaften und die Opposition halten die staatlichen Maßnahmen indes für unzureichend. Matthias Jena, Chef des DGB Bayern, fordert für die Kindergärten im Freistaat „bessere Sprachangebote und mehr Erzieherinnen mit Migrationsgeschichte“. Mitra Sharifi-Neystanak, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeiträge Bayerns (AGABY), sieht im dreigliedrigen Schulsystem ein wesentliches Problem. „Von längerem gemeinsamen Lernen würden alle Kinder profitieren“, ist sich die Germanistin sicher. Neben frühkindlicher Förderung und kleineren Schulklassen fordert sie für Lehrer eine verpflichtende Ausbildung in Interkulturalität. Speziell Arbeitgeber sollten

Migranten als Bereicherung empfinden. Das sieht Isabell Zacharias, integrationspolitische Sprecherin der SPD, genauso: „Personalchefs müssen sich diese mehrsprachigen Schätze ins Haus holen“, sagt sie.

Dass Migranten, die trotz aller Widrigkeiten einen Hochschulabschluss schaffen, auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden, ärgert Zacharias besonders. „Eine weibliche Migrantin beispielsweise ist ob ihres Geschlechts und ihrer Herkunft gleich zweimal benachteiligt.“ Von der Regierung fordert sie deshalb einen regelmäßigen Bericht über die Situation von Migranten in Bayern.

Der integrationspolitische Sprecher der Freien Wähler, Günther Felbinger, will ein kostenloses Kindergartenjahr. Vor allem benötige man mehr Personal, um eine individuelle Förderung zu gewährleisten. Für Renate Ackermann (Grüne) ist die Bildungssituation von Migranten „denkbar schlecht“. Sie findet: „Alles, was mit Bildung zu tun hat, soll kostenfrei sein.“ Zur Bildung zählt Ackermann neben kognitiven Fächern auch Sport, Musik und Kunst.

> ALEXANDRA KOURNIOTI/TOBIA LILL

AUS DEM INHALT



LEBEN IN BAYERN

Flüsterpost 2.0 Seite 3
Der Online-Dienst Twitter erfreut sich vor allem bei jungen Menschen immer größerer Beliebtheit.

POLITIK

Leiser Abgang einer Parteichefin Seite 5
Gabriele Pauli ist als FU-Vorsitzende zurückgetreten.

KULTUR

Künstlerische Kernfusion Seite 24
Das oberpfälzische Etsdorf will eine Glyptothek bauen.

DIE FACHTHEMEN DER WOCHE

SicherheitsExpo Seiten 18 und 19
Bausanierung Seite 20



Bayerische Staatszeitung
Herzog-Rudolf-Straße 1
80539 München

EU-Kommission und mehrere Ökonomen fordern, das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre anzuheben

Vom Arbeitsplatz ins Altersheim

Es war zur Zeit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (CDU), als der damalige christdemokratische Sozialminister Norbert Blüm das Versprechen in die Welt setzte, die Renten seien sicher. Angesichts drohender Überalterung, anhaltender Massenarbeitslosigkeit und unterfinanzierter Sozialversicherungssysteme möchte man allerdings heute formulieren: „Die Renten sind sicher – ein großes Problem“.

Doch glaubt man der Europäischen Kommission, gibt es eine Lösung: Die Europäer sollten zukünftig erst mit 70 Jahren in Rente gehen. Anlass, sich überhaupt Gedanken zu machen, ist für die EU-Kommission das zunehmende Überalterung der Bevölkerung seiner Mitgliedsstaaten. Damit es bei den Renten zu keiner „schmerzhaften“ Kombination aus geringeren Zahlungen und höheren Beiträgen komme, sollte das Renteneintrittsalter automatisch und schrittweise an die höhere Lebenserwartung angepasst werden, heißt es in dem Entwurf zu einem so genannten Grünbuch. Die Statistiker der Kommission gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2060 der Europäer durchschnittlich sieben Jahre länger lebt als heute.

Im selben Jahr prognostizieren die Wissenschaftler den Rentnern, die Mehrheit in der EU zu stellen. Heute kommt auf drei aktiv Beschäftigte innerhalb der Europäischen Union ein Ruheständler, 2030 soll es ein Verhältnis von zwei zu eins sein. Applaus bekommen die EU-Funktionäre deshalb auch von den Forschern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsfor-

schung (DIW). Dessen Präsident Klaus Zimmermann sagte in einem Interview, die Grünbuch-Entwürfe enthielten „schlicht die bittere Wahrheit“ und machte klar: 2060 sei es für die Rente mit 70 Jahren viel zu spät.

Der Bevölkerungsforscher Herwig Birg fordert gar ein Renteneintrittsalter von 74 Jahren. Denn laut Statistik bekommen deutsche Frauen im Durchschnitt 1,37 Kinder. Um die Sozialsysteme weiterhin durch Umlagen finanzieren zu können, wären 1,8 bis 2,2 Geburten pro Frau nötig – und das schon seit Jahren. Bereits heute schießt der Bund jährlich 80 Milliarden Euro den Rentenkassen zu. Deutschland nähert sich allerdings den EU-Vorgaben an. Bis 2030 soll das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre steigen.

Die Gewerkschaften protestieren dagegen. Verdi-Bayern-Sprecher Hans Sterr nennt schon das ein „Rentenkürzungsprogramm“. Vielen Beschäftigten sei gar nicht möglich, so lange zu arbeiten, argumentiert er.

Der stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Barthel empfindet die Diskussion um die Rente mit 70 als „reichlich abstrakt“. Seine Fraktion lehnt einen so späten Eintritt in den Ruhestand kategorisch ab. Auch der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe Max Straubinger hält die Einführung der Rente mit 67 für vorrangig. Für die Zukunft habe man dann noch genug zu tun – etwa damit, passende Arbeitsverhältnisse für ältere Arbeitnehmer zu schaffen.

> PETER OBERSTEIN